

Quelle: BZ 2019/01/16



Umfassend saniert ist die Lerchenstraße: Kanäle, Gehweg, Fahrbahn und Straßenbeleuchtung wurden erneuert, insgesamt kostete das 400000 Euro, 100000 Euro davon trugen die Anlieger.

Fotos: at

BU/FDP-Gruppe geht in die Offensive

Ratspolitiker wollen Straßenausbaubeitrag in Soltau abschaffen, Grundsteuer erhöhen, Infoveranstaltung noch im Oktober

VON ANJA TRAPPE

Soltau. Die Lerchenstraße in Soltau ist für die Gruppe Bürgerunion/FDP im Stadtrat ein gutes Beispiel. Grundhaft ausgebaut – mit Beiträgen der direkten Anlieger – list sie zwar Anliegerstraße aber auch häufig Schleichweg zur Abkürzung zwischen den Hauptverkehrsstraßen. „Die Anlieger werden finanziell behelligt, aber alle nutzen die Straße“, sagt so auch Klaus Grimkowski-Seiler, Fraktionsvorsitzender der Gruppe.

Die BU/FDP setzt sich seit 2017 für die Abschaffung der Straßenausbaubeitragssatzung (Strabs) in Soltau ein, plädiert dafür, die Grundsteuer anzuhäufen, die Kosten auf die Allgemeinheit umzulegen. Bislang haben sich im Rat keine Mehrheiten dafür gefunden, zurzeit ruht das Thema. Der Wechsel des Finanzierungssystems scheiterte auch an der noch nicht zu Ende gebrachten Diskussion dazu auf Landesebene und der angestrebten Neuordnung der Grundsteuer auf Bundesebene. Aber auch daran, dass die Frage der Gerech-

tigkeit bei der Finanzierung des Ausbaus von Anliegerstraßen nicht einfach zu beantworten ist, so zumindest die Rats-Fraktion von CDU, SPD und Grüne zu den verschiedenen und intensiv diskutierten Varianten.

Finanzierung über Anlieger sei extrem ungerecht

Für die BU/FDP-Gruppe steht jedoch fest, dass die Finanzierung der Straßensanierung über Beiträge der Anlieger extrem ungerecht ist. Daher nehmen sie nun einen neuen Anlauf, um das Thema auf die politische Tagesordnung zu bringen. Im Vorfeld haben sie für Montag, 21. Oktober, den Vorsitzenden des niedersächsischen Vereins Haus und Grund, Dr. Hans Reinold Horst, zur umfassenden Information

der Öffentlichkeit eingeladen.

„Wir zeigen Wege auf, wie der Ausbau besser finanziert werden kann“, sagt Otto Elbers. Rund 600 000 Euro hat die Stadt in den vergangenen zehn Jahren an Beiträgen nach der Satzung erhoben, rund 60 000 Euro pro Jahr. Das ist für Elbers ein Volumen, das der städtische Haushalt durchaus zusätzlich hergeben müsste. Allerdings hat die Stadt während der Dekade bis 2019 nur einmal wirklichen Straßenausbau abgerechnet, den an der Lerchenstraße. Sonst ging es vor allem um die Modernisierung der Beleuchtung an Anliegerstraßen.

Es würde also erheblich teurer werden, wenn die Stadt den Sanierungstau in den kommenden Jahren Stück für Stück beseiti-

gen will. Laut Verwaltung, so zitiert Schröder, müsste die Grundsteuer – bislang mit einem Hebesatz von 380 v. Hd. – um 60 Punkte erhöht werden, laut seiner Rechnung sogar um 80 Punkte, um die Infrastruktur außerhalb von Bundes-, Landes- und Kreisstraßen in Schuss zu halten und die Anliegerbeiträge aufzufangen.

Gleichwohl gehe es bei der Umstellung von Anliegerbeiträgen auf Grundsteuer auch um das Vermeiden sozialer Härten, die vor allem Ältere träfen, zudem darum, dass die Stadt die Ausgaben immer günstiger refinanzieren könne als die Bürger, die Verwaltungskosten zudem

sänken.
Die Gruppe will nun „ganz klar in die Offensive gehen“, bei

der Versammlung zunächst die Bürger über alle Fakten informieren, strebt danach eine Bürgerbefragung an. „Wenn man es richtig erklärt“, so Schröder, dürfte es dabei auch ein repräsentatives Ergebnis geben. Gleichzeitig, so Elbers, wolle man bei den weiteren Parteien im Rat das Bewusstsein in diese Richtung schärfen. Ziel sei es, zeitnah eine Entscheidung zu treffen, so Grimkowski-Seiler. Im ersten Halbjahr soll diese im Soltauer Rat fallen. Für die BU/FDP-Gruppe jedenfalls steht fest: Die bisherige Beitragserhebung sei eine Ungleichbehandlung der Bürger, weil nur wenige für alle zahlen. Für sie sei die Änderung Sachpolitik und kein Politikpopulismus. **991280**



Klaus Grimkowski-Seiler (von links), Thorsten Schröder und Otto Elbers wollen die Straßenausbausatzung abschaffen, dafür die Grundsteuer erhöhen.

STRASSENBAUBEITRAGSSATZUNG

Vortrag für die Öffentlichkeit

Mit „Abschaffung der Straßenausbaubeiträge?“ hat die BU/FDP-Gruppe ihre Einladung zu einer Vortragsveranstaltung mit Rechtsanwalt Dr. Hans Reinold Horst, Vorsitzender von Haus und Grund Niedersachsen, überschrieben. Der Fachmann auf dem Gebiet der Finanzierung des Straßenausbaus kommt am Montag, 21. Oktober, um 19.30 Uhr ins Hotel Meyn. Er soll zeigen, unter welchen Bedingungen eine Abschaffung der Beiträge möglich und sinnvoll für Soltau

sei. Gleichzeitig will die Gruppe über den Stand der Beratungen im Rat informieren. Bislang gibt es keine Mehrheit für die Abschaffung der mit Strabs abgekürzten Satzung. Die AfD hatte sich schon 2017 dem Antrag der BU/FDP angeschlossen. Zuletzt war die Fraktion im März mit ihrem Antrag zu einer Bürgerbefragung zu dem Thema sowie einer Resolution gescheitert, in der das Land aufgefordert werden sollte, die Finanzierung aus Steuermitteln zu übernehmen. at